

LEITARTIKEL

Es bleibt ein Balanceakt

VON PETER MÜLLER

Die Reform des Asylsystems ist symbolisch wichtig, weil die EU zeigen kann: Sie bringt Flucht und Migration unter Kontrolle. Doch die Probleme in diesem aufgeladenen Politikfeld sind damit längst nicht alle gelöst.

Der Zeitpunkt ist günstig: Die neuen Asylregeln werden wirksam in einer Phase, in der die Anzahl der illegalen Grenzübertreite rückläufig ist und weniger Asylanträge gestellt werden. Das hat viel mit äußeren geopolitischen Faktoren wie der veränderten Lage im Bürgerkriegsland Syrien zu tun, sorgt aber dafür, dass das europäische System nicht mehr so stark unter Druck steht. Denn schlagartige Änderungen sind durch die Reform nicht zu erwarten.

Die neuen Abläufe müssen sich einspielen, teils sind die Vorbereitungen in den Mitgliedstaaten noch nicht abgeschlossen. Ein Kernstück, die beschleunigten Asylverfahren an den Außengrenzen, betrifft die Weiterentwicklung der Anknüpfungen. Und grundsätzlich wird weiterhin geprüft werden müssen, ob Geflüchtete schutz- berechtigt sind; das bleiben komplexe Vorgänge.

Weiterhin sterben Menschen beim Versuch, mit dem Boot in eine bessere Zukunft zu gelangen.

das kleinere Übel. Die EU hat Abkommen mit der Türkei oder Libyen geschlossen, die für viel Geld die schmutzige Arbeit erledigen und Geflüchtete auch mit inhumanen Methoden von Europa fernhalten.

Weiterhin sterben zudem Menschen im Mittelmeer oder Atlantik bei dem Versuch, per Boot in eine bessere Zukunft zu gelangen. Gerade hat Papst Leo XIV. Schleuser und Menschenhändler gegeißelt, die von der Verzweiflung profitieren. Gleichzeitig warnt er die Europäer davor, sich an den Tod von Flüchtlingen zu gewöhnen, fordert sichere und legale Wege für Migration.

Durch die Reform ist es künftig möglich, Asylverfahren auszulagern. Dafür bedarf es sogenannter sicherer Drittstaaten, die noch gefunden werden müssen. Selbst dann ist die EU nicht aus ihrer humanitären Verantwortung entlassen. Und Fluchtbewegungen wird es immer geben, solange es Not und Elend gibt. Abschottung und Abschreckung allein werden es also nicht richten. Zumal auf der anderen Seite auch Offenheit gefragt ist, weil Migranten als Fachkräfte gebraucht werden. Es bleibt ein Balanceakt.

Schließlich sollte man auf jene Menschen schauen, die schon da sind und auch bleiben werden. Die Gelegenheit ist günstig: Wenn die Asylreform Wirkung zeigt, die erhoffte Ruhe in das System bringt und aufgeheizte Debatten befriedigt, kann endlich mit aller Kraft die dringend notwendige Integration vorangetrieben werden. Dann wäre viel gewonnen.

Die Gemeinschaft muss auch erst beweisen, wie stark die Solidarität untereinander ausgeprägt ist. Die Unwucht besteht ja immer noch: Länder an den Außengrenzen wie Italien und Griechenland tragen im Prinzip die größte Verantwortung. Als sie der Lage nicht mehr Herr wurden, ließen sie Migranten gen Norden weiterziehen, sodass sich die Last auf Länder wie Deutschland verlagerte. Die im Dublin-Abkommen eigentlich klar geregelten Zuständigkeiten sind seitdem häufig. Hier soll künftig ein Auslegungsmechanismus für mehr Kooperationsbereitschaft sorgen. Der Praxistest wird spannend.

Es führt kein Weg daran vorbei, dass die EU mehr Ordnung und Kontrolle in das System bringt. Die Probleme bei der Migration haben das politische Klima lange genug vergiftet. Aber man darf auch nicht die Augen davor verschließen, welcher Preis dafür zu zahlen ist. Die stationären Grenzkontrollen in Deutschland, die der Freizügigkeit im Schengen-Raum zuwiderlaufen, sind noch



Peter Müller ist Redakteur im Ressort Politik, Wirtschaft und Zeitgeschehen

KOMMENTAR

Ein weltfremdes Modell

VON JAN DIRK HERBERMANN, GENÈVE

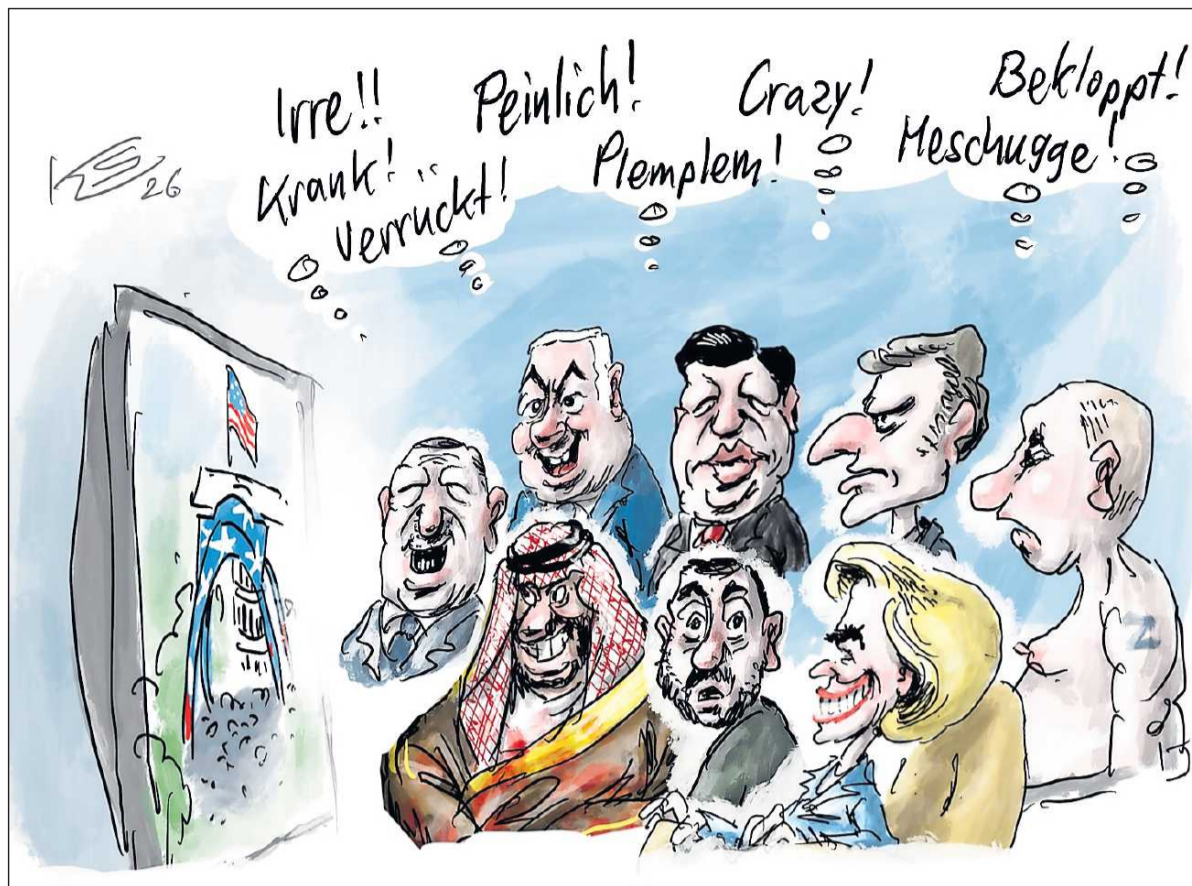
Deutlicher als gedacht haben die Schweizer die Initiative „Keine 10 Millionen“ der Rechtsnationalen abgelehnt. Das sendet ein wichtiges Signal.

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer hat bei der Volksabstimmung einen kühlen Kopf bewahrt. Die „Keine-10-Millionen-Initiative“ wurde abgelehnt. Mit dem Plan wollte die rechtsnationale Schweizerische Volkspartei einen Bevölkerungsdeckel von zehn Millionen Menschen in dem vermögenden Land einführen. Alles Neue, alles Fremde sollte draußen bleiben.

Das Nein zu dem Bevölkerungsexperiment mit unsicherem Ausgang zeugt von einem Pragmatismus, den sich die Menschen zwischen Bodensee und Genfersee gerne zugutehalten. Sie wissen, dass die Schweiz die Arbeitskräfte von jenseits der Grenzen braucht. Der Anteil der Erwerbstätigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit liegt bei 35 Prozent. Vor

allem in den Bereichen, in denen die Schweizer selbst nicht arbeiten wollen, packen die Ausländer an. Aber auch hoch qualifizierte Zugewogene, Ärzte, Manager und Wissenschaftler legen sich ins Zeug und steigern die Wirtschaftskraft. Ohne die fleißigen Fremden, viele aus Deutschland, könnten die Eidgenossen ihr Wohlstandsniveau kaum halten.

Die Stimmberechtigten durchschauten, dass die Argumente der SVP zu simpel sind. Für nahezu alle großen Probleme der Schweizer machte die Partei die Ausländer und die Migration verantwortlich: von Wohnungsnot über Jobverlust bis hin zu verstopften Zügen. Die Schweiz hat gezeigt: Die Bevölkerung hat es in der Hand. Sie kann Populisten in die Schranken weisen.



Universelles Fremdschämen

KARIKATUR: STUTTMANN

Alarm bei der Bahn

Weil ein italienisches Bahnunternehmen nach Deutschland drängt, befürchtet die Eisenbahngewerkschaft ein böses Erwachen für mittelgroße Städte. Sie könnten abgehängt werden.

VON CHRISTIAN GRIMM, BERLIN

Zwei Meldungen rütteln die Deutsche Bahn durch. Erstens: Die Eisenbahngewerkschaft EVG befürchtet, dass mittelgroße Städte in Deutschland ihren Anschluss an den Fernverkehr der Deutschen Bahn verlieren könnten. In ihren Bahnhöfen würden keine ICEs oder ICs mehr halten. Zweitens: 90 Neubauprojekte der Deutschen Bahn stehen trotz Sondervermögens auf der Kippe, darunter die für Süddeutschland wichtige Verbindung Augsburg–Ulm.

Augsburg zählt zudem neben Donauwörth, Ingolstadt, Bamberg, und Coburg zu denjenigen, deren Fernverkehrsanschluss laut EVG gefährdet ist. Auf der schwarzen Liste stehen auch Freiburg, Jena, Magdeburg, Münster, Osnabrück, Rostock, Saarbrücken und Schwerin. Insgesamt sind es 18 Städte, darunter wichtige Universitäts- und Wirtschaftsadressen. Der Grund für das Szenario ist die geplante Expansion des privaten italienischen Bahnunternehmens Italo.

Es will ab 2028 Hochgeschwindigkeitsverbindungen zwischen deutschen Großstädten anbieten, wie es das auf dem Heimatmarkt tut. „Wir sind nicht gegen Wettbewerb, aber die Haupttrassen des Landes sind heute schon überfüllt“, sagte EVG-Chef Martin Burkert der RHEINPFALZ.

Auf diesen Verbindungen wie etwa München–Berlin–Hamburg, Frankfurt–Köln oder Berlin–Dortmund verdient die Deutsche Bahn Geld, weil viele Reisende zusteigen. Genau auf solchen Strecken will Italo angreifen und dem deutschen Platzhirsch Marktanteile abjagen. „Diese Einnahmen fehlen dann der Bahn, um weniger ausgelastete Strecken zu bedienen. Wir gehen davon aus, dass dann Verbindungen in Mittelstädte gestrichen werden“, sagt Burkert. Er fordert, dass Italo auf den lukrativen Hauptverbindungen nur den Zuschlag erhalten dürfe, wenn das Unternehmen gleichzeitig Verbindungen in die Provinz anbiete. „Italo darf

keine Rosinenpickerei betreiben.“ Welche Städte Italo im Falle eines Zuschlags bedienen würde, ist unklar.

Ähnlich wie die Gewerkschaftsvorsitzende sieht es Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter. „Dem Fernverkehr muss auferlegt werden, dass die Regionen in der Fläche angebundener sind“, sagte der CSU-Politiker. Dafür stünden alle Länder. Bernreiter will grundsätzlich keine zusätzlichen Verbindungen im Netz, solange es so viele Baustellen gibt, wie es derzeit der Fall ist.

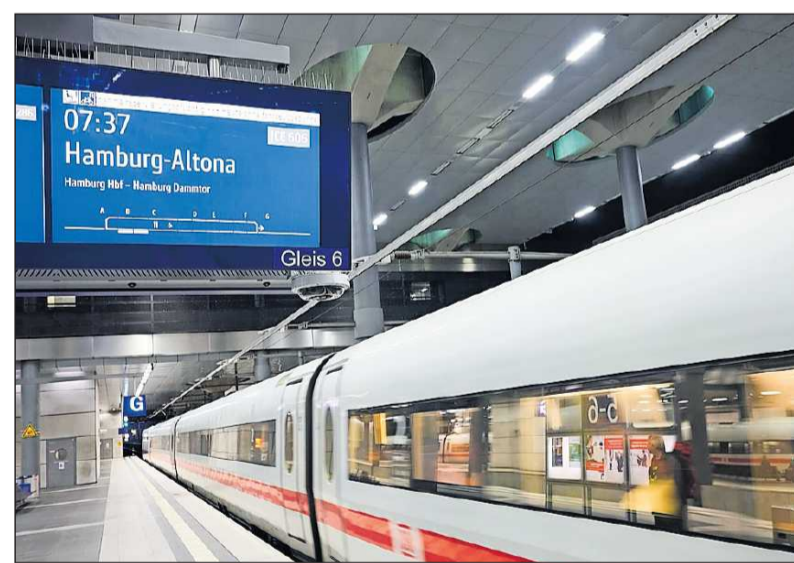
90 Neubauprojekte in Gefahr

Die saarländische Mobilitätsministerin Petra Berg (SPD) sagte, das Saarland akzeptiere „keine weiteren Einschränkungen seiner Fernverkehrsanschlüsse“. Bundesverkehrsminister Schieder ist gefordert, der Deutsche Bahn die finanziellen Grundlagen für eine umfassende Anbindung aller Regionen sicherzustellen. „Zusätzlicher Wettbewerb auf den Strecken dürfte nicht zum Rückzug der Deutschen Bahn führen.“

Dass die Gleise in den nächsten Jahren durch Ausbau stärker werden, um mehr Verkehr tragen zu können, daran lässt die zweite Meldung erhebliche Zweifel aufkommen. 90 Neubauprojekte in verschiedenen Reifegraden stehen laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen wegen Geldmangels im Feuer, über die das Redaktionsnetzwerk Deutschland berichtet.

Das Sondervermögen Infrastruktur kann bei der Finanzierung nicht herangezogen werden, weil die Mittel für die Sanierung reserviert sind. Das Bundesverkehrsministerium erklärte auf Anfrage, dass es daran arbeite, die Finanzierbarkeit für dringende Vorhaben im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel sicherzustellen. Der zweite Strang für die Verbindung Augsburg–Ulm ist zwar vom Bundestag beschlossen, eine Finanzierung hat es aber noch nicht.

Immerhin wurde am Sonntag die Strecke Berlin–Hamburg nach mehrmonatiger Generalsanierung wieder für den Verkehr freigegeben.



Die wichtige Bahnstrecke Berlin–Hamburg ist seit Sonntag wieder freigegeben. Aber andere Projekte sind gefährdet. FOTO: ANNETTE RIEDL/DPA

FDP: Kubicki bekräftigt Absage an die AfD

NEUMÜNSTER. Der FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki hat Kooperationen mit der AfD erneut kategorisch abgelehnt. „Niemand bei klarem Verstand in der Freien Demokratischen Partei denkt über irgendeine Form der Zusammenarbeit mit der AfD nach oder hat das jemals getan“, sagte Kubicki auf einem Landesparteitag in Schleswig-Holstein. „Wer etwas anderes behauptet, betreibt allein das Geschäft unserer politischen Gegner.“

An die Liberalen appellierte er, etwaige Diskussionen über das Verhältnis der FDP zu anderen Parteien zu beenden. Die Liberalen definierten sich nicht über den Abstand zur CDU, zur AfD oder anderen Parteien, sondern nur über inhaltliche Aussagen. „Wir sind eine eigenständige politische Kraft.“ In der AfD bewegte sich teilweise „düstere Gestalten“, sagte Kubicki.

Dabei griff der FDP-Vorsitzende den Thüringer AfD-Chef Björn Höcke an. Der hatte mit einer provokanten Ost-West-These für Diskussionen auch in der eigenen Partei gesorgt: Ostdeutsche seien „deutscher“ als Westdeutsche. |dpa

Arbeitskräfte: 2036 laut IW über vier Millionen weniger

KÖLN. Der Renteneintritt der Babyboomer-Generation wird den deutschen Arbeitsmarkt einer Prognose zufolge stärker treffen als zunächst angenommen. „Am Ende fehlt ein Potenzial von mehr als vier Millionen Arbeitskräften“, heißt es in einer Berechnung des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Das seien etwa 1,3 Millionen mehr als bisher erwartet.

2036 werde der letzte Jahrgang der Babyboomer das Rentenalter erreichen, erklärte das Institut. Bis dahin werde die Erwerbsbevölkerung laut der IW-Bevölkerungsprognose um rund 4,3 Millionen Arbeitskräfte schrumpfen. Vor zwei Jahren sei die Berechnung noch von einer Lücke von drei Millionen ausgegangen.

Die Bevölkerung schrumpfe schneller als angenommen, heißt es in dem IW-Bericht. Bis 2040 wird sie laut IW auf unter 82 Millionen Menschen sinken, weil weit mehr Menschen sterben als geboren werden. Zuwanderung habe die Entwicklung bislang ausgeglichen. Allerdings sei die Anzahl der Zuzüge stark gesunken.

Als Gründe nennt das Institut etwa die „Migrationswende“ der Bundesregierung. Auch die getrübe konjunkturelle Perspektive lasse kurz- und mittelfristig geringere Wanderungsgewinne erwarten. |epd

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: RHEINPFALZ Verlag und Druckerei GmbH & Co. KG, Amtsstr. 5-11, 67059 Ludwigshafen, Postfach 21 11 47, 67011 Ludwigshafen
Druck: Oggersheimer Druckzentrum GmbH, Flomersheimer Str. 2-4, 67071 Ludwigshafen, E-Mail: info@oggersheimer-druckzentrum.de
Servicecenter: Telefon: 0621 5902-745, Web: www.rheinpfalz.de/meinkonto
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de
kleinanzeigen@rheinpfalz.de
geschaeftsanzeigen@rheinpfalz.de

Chefredakteur: Yannick Dillinger
Redaktion: Telefon: 0621 5902-01, E-Mail: redaktion@rheinpfalz.de
Stellv. Chefredakteur: Wolfgang Kreiling (Lokales); Stellv. Chefredakteur: Uwe Renners (Digitales); Stellv. Chefredakteurin: Birgit Schwarz (Chefin vom Dienst); Chef vom Dienst: Birgit Schwarz (verantwortl.); Silvia Sebastian (Stellv.); Politik, Wirtschaft und Zeitgeschehen: Adrian Hartschuh (verantwortl.), Dr. Ralf Josch (Stellv.), Olaf Lismann (Stellv.); Kultur und Gesellschaft: Dr. Frank Pommer (verantwortl.), Susanne Schütz (Stellv.); Sport: Wolfgang Pfeiffer (verantwortl.); Oliver Wehner (Stellv.); Heimat: Jörg Schmihing (verantwortl.); Sebastian Böckmann (Stellv.); Digitaldesk: Anna Sućkow (verantwortl.); Content Development Team: Larissa Hamann (verantwortl.); Berliner Redaktion: Thomas Block (verantwortl.); Mainzer Redaktion: Karin Dauscher (verantwortl.); Westpfalz: Anke Herbert (verantwortl.); Saarland: Georg Altherr (verantwortl.). Bei unverlangt eingesandten Manuskripten keine Gewähr für Rücksendung. Alle Beiträge in der RHEINPFALZ und in RHEINPFALZ Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an RHEINPFALZ-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMC Presse-Monitor GmbH, Markgrafstr. 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de

Anzeigen: Holger Martens (verantwortlich für den gesamten Anzeigenteil), Leitung überregional: Reinhard Schäfer, Leitung regional: Rainer Zais, Anzeigen nach Mediawerk Südwest-Preisliste Nr. 4, gültig ab 01. Januar 2026. Monatlicher Bezugspreis RHEINPFALZ Abonnement (Zeitung, Card, E-Paper, App, Online) 56,90 € bei Trägerzustellung, 63,60 € im Postbezug. Digital PREMIUM Abonnement (E-Paper, App, Online) 36,90 €. Die Mittwoch-Ausgabe enthält ständig das TV-Magazin PRISMA, die Donnerstag-Ausgabe unser Freizeitmagazin LEO und die Samstag-Ausgabe DIE RHEINPFALZ am SONNTAG. HypoVereinsbank Ludwigshafen a. Rhein, IBAN: DE1554201940003646130, BIC: HYVEDE33HAN30. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung. Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Abbestellungen können nur in Textform ausgesprochen werden. Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen. AGB siehe: www.rheinpfalz.de/agb

RHEINPFALZ online - die Adresse im Internet: www.rheinpfalz.de

Schweizer sagen Nein zu Bevölkerungsdeckel

Deutliche Mehrheit bei Volksabstimmung gegen Begrenzung der Einwohnerzahl

VON JAN DIRK HERBERMANN, GENÈVE

Die Schweiz hat sich entschieden: Eine klare Mehrheit von 55 Prozent stimmte am Sonntag gegen eine Initiative der rechtsnationalen Schweizerischen Volkspartei zur strikten Begrenzung der Bevölkerung auf zehn Millionen.

Das meldete am Nachmittag der Sender SRF. Demnach votierten 45 Prozent für den SVP-Vorstoß, der ein weltweit wohl einmaliges Abschottungsexperiment ausgelöst hätte.

Die SVP reagierte enttäuscht auf die Niederlage. Der Abgeordnete Thomas Matter, der als „Vater“ der Initiative galt, betonte: „Die Gegner hatten keine Fakten-Argumente, es war eine reine Angstmacherei-Kampagne.“ Das Nein-Lager gab sich hingegen erleichtert. Die Sozialdemokraten (SP) sprachen von einem „historischen Sieg für eine soziale und offene Schweiz“. Neben der SP hatten auch alle anderen



Mit solchen Plakaten warb die SVP für ihre Initiative. FOTO: PETER SCHNEIDER/DPA

großen Parteien die Initiative der SVP abgelehnt – das Vorhaben sei fremdenfeindlich, realitätsfremd und löse in der stabilen Schweiz „Chaos“ aus.

Auch die Regierung, der Bundesrat, und das Parlament empfahlen den Schweizern, mit Nein zu stimmen. Sie

befürchteten bei einem Ja enorme Schäden für die Wirtschaft, die auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist. Zudem würde das Verhältnis zur EU massiv gestört.

Immerhin kann sich die SVP zugutehalten, dass sie einen großen Teil der Wähler von ihrem Vorhaben überzeugte. Das Thema Migration ist nach Meinung des Berner Politikwissenschaftlers Urs Bieri „nicht vom Tisch“. Die SVP werde sich weiter entscheiden positionieren, erklärte er im Sender SRF.

Ende 2025 lebten laut Regierung rund 9,1 Millionen Personen in der Schweiz. Seit Einführung der Personalfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2002 ist die Bevölkerung den Angaben nach um rund 1,7 Millionen Personen gewachsen. Den Anstieg führt die Regierung hauptsächlich auf die Migration zurück. Die SVP schlug aus dem Zuwachs politisches Kapital: „Das brennendste Problem der Schweiz ist die Bevölkerungsexplosion. Wir ersticken.“ Hauptgrund für die Misere sei „die maßlose, unkontrollierte Zuwanderung“.

Die Partei rund um den Zürcher Milliardär Christoph Blocher schob den Fremden die Schuld an fast allen Problemen zu. Zudem führte die SVP wirtschaftliche Argumente ins Feld: Die Zuwanderer, so hieß es, verdrängten die Einheimischen vom Arbeitsmarkt. Gleichzeitig beklagte die SVP eine „Zuwanderung“ der Ausländer in den Sozialstaat.

Die SVP verlangte eine harte Grenze: Die ständige Schweizer Wohnbevölkerung sollte die Marke von zehn Millionen bis 2050 „keinesfalls überschreiten“. Falls doch hätte die Regierung nach einer Frist die „bevölkerungstreibenden internationalen Verträge“ kündigen müssen. Dazu hätte das Freizügigkeitsabkommen mit der EU gehört: Ab 2050 sollte die Regierung den kritischen Grenzwert jährlich „um den Geburtenüberschuss anpassen“ dürfen. Schon bei einer

Wohnbevölkerung von 9,5 Millionen beabsichtigte die SVP, Alarm auszulösen. Ab dieser Schwelle hätte die Schweizer einen harten Kurs im Asylbereich einschlagen müssen.

Offiziell hatte die SVP ihren Plan auch „Nachhaltigkeitsinitiative“ genannt. Laut dem Zeithistoriker Damir Skenderovic aus Freiburg (Schweiz) wollte die Partei mit diesem Namen über ihre traditionelle Klientel hinaus Unterstützung gewinnen: „Allerdings transportiert die SVP in einer neuen ökologischen Verpackung ihre alte nationalistische und fremdenfeindliche Politik.“ Der Zeithistoriker wies auch auf die europäische Vorreiterrolle der SVP hin: „Rechtspopulisten aus Europa schauen seit Jahren auf die Schweizerische Volkspartei und applaudieren ihren Erfolgen in Abstimmungen, an der Urne und im öffentlichen Diskurs.“ Ein Ja zu der SVP-Initiative am Sonntag hätte eine starke Signalwirkung an die Rechtsparteien in Europa gehabt. KOMMENTAR